

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Holmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 38  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 98 846 pppn d

## Inhalt

Helmut Schmidt MdB, Stellvertreter der SPD-Vorsitzender, unterstreicht, daß Hans-Jochen Vogel freie Hand braucht: Es geht nicht ums Verteilen.  
Seite 1

Helmut Rohde MdB fordert das Zusammentreten des SPD-Gewerkschaftsrates: Arbeitnehmer fragen nach der Industriepolitik.  
Seite 2

Rudolf Dreßler MdB schildert die Situation der CDA nach der Wahl: Büros Sozialausschüsse auf SPD-Kurs.  
Seite 3

Renate Lepsius MdB prangert die krasse steuerliche Benachteiligung allein-stehender Mütter durch die neue Bundesregierung an: Den letzten beißen die Hunde.  
Seite 4

Axel Wernitz MdB befürwortet bei der Volkszählung Standfestigkeit und Sensibilität: Nachbereitung tut not.  
Seite 6

Robert Antretter MdB kämpft weiter gegen die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals: Den bayerischen Alptraum verhindern!  
Seite 8

38. Jahrgang / 53

17. März 1983

Es geht nicht ums Verteilen

Hans-Jochen Vogel braucht freie Hand

Von Helmut Schmidt MdB  
Stellvertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die SPD braucht Solidarität und sie braucht Geschlossenheit hinter Hans-Jochen Vogel. Flügelschlagen wird niemandem helfen. Wir brauchen Leidenschaft für unsere Ziele! Leidenschaft gegen andere ist ziemlich überflüssig. Wir dürfen den individuellen Hang, durch Interviews das eigene Geltungsstreben zu befriedigen, keineswegs höher stellen als das sozialdemokratische Gesamtinteresse. Und wir dürfen den Gegnern (und wir haben in Zukunft im Parlament drei Gegner!) und wir dürfen den Medien die Munition zur Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie nicht unsererseits frei Haus liefern.

Wir müssen die neue Rolle der Opposition bewußt annehmen! Und damit ändert sich - von der täglichen Arbeitsweise bis zur Grundeinstellung - sehr vieles!

Hans-Jochen Vogel hat sich in diesem Wahlkampf ausgewiesen als ein Mann, der zuhören kann; als ein Mann, der abwägen kann; aber auch als ein Mann, der Vertrauen in unsere Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit herstellen und dieses Vertrauen binden kann.

Wir haben bei dem kurzen, aber inhaltsschweren Schlußabsatz in Hans-Jochen Vogels Ausführungen vor der Fraktion gespürt, wie sehr er sich der Schwere dieser Verantwortung bewußt ist. Er braucht gegengwärtig unseren Rückenwind, aber mehr noch als unseren Rückenwind: Er braucht auch eine freie Hand. Auch in der neuen Fraktion. Die neuen Erfahrungen sind sicherlich für manches Mitglied der Bundestagsfraktion bitter, aber auch im Fraktionssitzungssaal geht es nicht ums Verteilen. Entscheidend geht es um das politische Profil sozialdemokratischer Oppositionsarbeit und um das politische Profil des sozialdemokratischen Oppositionsführers.  
(-/17.3.1983/ks/ca)

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Veranstaltung  
mit  
Kommunikations-  
Büro  
Bonn



Der Gewerkschaftsrat muß tagen  
-----

## Arbeitnehmer fragen nach der Industriepolitik

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Wir erwarten, daß in nächster Zeit der Gewerkschaftsrat der SPD zusammengerufen wird. Die Industriepolitik muß auf den Tisch. Tausende von Arbeitnehmern sind von Entlassungen und ungewisser Zukunft getroffen. In den Werften, in der Stahlindustrie, bei AEG-Telefunken, in Textil-Standorten und in immer mehr Industrie- und Wirtschaftsbereichen geht die Sorge um, Entlassungswellen prasseln nach dem 6. März auf die Arbeitnehmerschaft herunter.

Schlimm ist nicht nur der Tatbestand der Massenentlassungen, empörend ist auch die Art und Weise, wie dabei mit der Arbeitnehmerschaft umgesprungen wird. Rechtzeitige, ehrliche und offene Informationen der betroffenen Arbeitnehmer gibt es nicht, geschweige denn Mitbestimmung. Die Unternehmensleitungen und die Banken betreiben das ganze wie ein Geschäft auf der Vorstandsetage. Geist und Buchstabe von Betriebsverfassung und Mitbestimmung werden unterlaufen. Dies sind Verhaltensweisen, die an die überwunden geglaubten Manieren des Kapitalismus erinnern, jedenfalls nicht dem Charakter eines Sozialstaates entsprechen.

Die Führung der SPD muß diese Frage auf die Tagesordnung bringen. Millionen von Arbeitnehmern und ihre Familien haben uns gewählt, weil sie uns vertrauen. Die Signale unseres Handelns müssen eindeutig sein. Und eindeutig heißt, sich nicht im Nebengefilde zu vertändeln, sondern das zur Politik zu machen, was die Menschen bedrückt.

Die Fragen, die sich in dieser Lage aufdrängen, sind eindeutig:

1. Wie soll und muß Industriepolitik in Zukunft aussehen? Soll diese allein dem Markt, den Unternehmensleitungen und Banken überlassen werden? Während die Wirtschaftspolitik, die Politik überhaupt, sich darauf beschränkt, eine Beobachter- und Kommentatorenrolle zu spielen - mit gelegentlichen Fragen in der Fragestunde des Bundestages?
2. Was muß geschehen, damit sich die Arbeitnehmervertretungen bei so großen Strukturveränderungen zur Geltung bringen und ihre Verantwortung gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen wahrnehmen können? Nachdem die Unternehmensleitungen jetzt so rüde mit der Mitbestimmung umgehen, ist dies eine grundlegende gesellschaftliche Frage geworden. Man kann nicht vom Sozialpakt reden und den Pakt von Unternehmensleitungen und Banken praktizieren. Sonst gibt es Konsequenzen: Dann führt der Strukturwandel der 50er Jahre zum inhumanen Abgleiten der Industriegesellschaft.
3. Welche Möglichkeiten ergeben sich aus einer Verbindung von öffentlichen Investitionen - zum Beispiel Anlagebau für Umwelt und Umweltschutz - und Strukturveränderung? Welche positiven wirtschaftlichen und auch beschäftigungspolitischen Weichenstellungen können in dieser Beziehung vorgenommen werden?

Die Fragen haben an Brisanz gewonnen. Sie bedrängen die Politik. Die Arbeitnehmer wehren sich. Unsere Sache muß es sein, die Antworten auf die Fragen der Arbeitnehmerschaft ins Zentrum der Politik zu rücken.

(-/17.3.1983/ks/ca)

+ + +



**Blüms Sozialausschüsse sind auf SPD-Kurs**

Die Regierungspolitik läßt sich nicht mit Flugblättern korrigieren

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für  
Arbeitnehmerfragen in der SPD

Sie kämpfen für die CDU/CSU und fordern von der eigenen Partei die Einlösung der sozialpolitischen Forderungen der SPD. Die Sozialausschüsse gackerten wie üblich vor den Wahlen, zum Eierlegen fehlt ihnen der Einfluß. Obwohl ihrem Bundesvorsitzenden Norbert Blüm der direkte Zugang zur Regierung als Arbeitsminister möglich ist, muß die Arbeitnehmerabteilung der Union bereits zehn Tage nach der Wahl zum Mittel des bedruckten Flugblatts greifen, um sich wenigstens bemerkbar zu machen.

Während die Flugblätter der CDU/CSU-Sozialausschüsse auf dem Postwege die Ansprechpartner noch nicht einmal alle erreicht haben, während die Verteilaktionen noch organisiert werden, wird in den Koalitionsverhandlungen bereits der weitere Kahlschlag vorbereitet.

Die Arbeitsteilung dieser Arbeitnehmer-Verdummungsgesellschaft ist nach altem Strickmuster organisiert: Der Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Heribert Scharrenbroich darf "Informationsdienste" verfassen und sein Vorsitzender Norbert Blüm beschließt das Gegenteil in den Koalitionsverhandlungen. Frei nach dem Motto der Sozialausschüsse: Bei uns ist jeder zu gebrauchen und sei es als abschreckendes Beispiel.

Die Blüm-Truppe fleht, die Investitionshilfeabgabe nicht zurückzuzahlen. Sozialdemokraten haben der CDU/CSU bereits erklärt, ihr zu helfen, dafür Mehrheiten herzustellen.

- Blüm läßt seine Sozialausschüsse nach einer Vorruhestands-Regelung zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit jammern, obwohl er der federführende Minister ist. Die SPD hat eine solche Gesetzesabsicht bereits beschlossen.
- Die CDA ruft nach einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bereits Ende 1982 Eckdaten dazu beschlossen.
- Heribert Scharrenbroich fordert im Auftrag von Norbert Blüm die Abschaffung der Beteiligung an den Krankenhauskosten in Höhe von DM fünf pro Tag. Die Sozialdemokraten haben in ihrem Regierungsprogramm diesen Punkt für die ersten 100 Tage angekündigt.
- Die Blüm-Arbeitnehmer fordern eine Reform des Bodenrechts. Das steht seit einem Jahrzehnt als Beschluslage der SPD fest. Mit den Wirtschaftsliberalen und mit den Parteifreunden von Blüm und Scharrenbroich ist da nichts zu reformieren.
- Nun wollen Blüm und seine Sozialausschüsse sogar die unsozialen Mietrechtsänderungen überprüft haben. Es ist zum Lachen. Als die SPD ankündigte, diesen Skandal sofort zu ändern, beschimpften uns die Unionisten als Arbeitsplatzvernichter und Lügner.
- Blüms Mannen stellen darüber hinaus Forderungen zur Ausländerpolitik auf, die ihre Vorturner in den Koalitionsverhandlungen bereits gegenteilig entschieden haben.

Was unterstützen Norbert Blüm und sein Bäckerdutzend jetzt im Parlament in den kommenden vier Jahren? Die CDU/CSU, die mit der FDP das Gegenteil der Forderungen der Sozialausschüsse realisieren will oder die Sozialdemokraten?

Der Blüm-Club wird sich anpassen. Wenn die konservative Gegenreform marschiert, werden die Blüms, Scharrenbroichs und Company munter Flugblätter drucken lassen. Das dürfen sie. Für die Politik sind die anderen da.



**Den letzten beißen die Hunde**  
-----

**Krasse steuerliche Benachteiligung alleinerziehender Mütter durch  
die neue Bundesregierung**

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Man hält es nicht für möglich: In einer Verwaltungsanweisung, veröffentlicht im Bundessteuerblatt, werden die Finanzämter aufgefordert, Anträge alleinerziehender Mütter auf steuerliche Berücksichtigung ihrer Kinderbetreuungskosten rundweg abzulehnen. Hierbei beruft sich das Bundesfinanzministerium auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs aus dem Jahre 1975. In diesem Urteil wurde die Zwangsläufigkeit solcher Aufwendungen für Kinderbetreuungskosten verneint. Allerdings hat inzwischen das Bundesverfassungsgericht am 3. November 1982 ausdrücklich festgestellt, daß Kinderbetreuungskosten alleinerziehender Eltern als zusätzliche zwangsläufige Aufwendungen anzusehen und auch steuerlich zu berücksichtigen sind, entgegen der überholten Auffassung des Bundesfinanzhofs aus dem Jahr 1975.

Das Bundesverfassungsgericht hat vom Gesetzgeber eine rückwirkende Regelung gefordert, die den außergewöhnlichen Belastungen alleinerziehender Mütter bei der Kindererziehung Rechnung trägt. Teilweise ist diesem Auftrag des Gerichtes bereits entsprochen worden:

1. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurde durch die Streichung des Paragraph 33 a Absatz 3 Ziffer 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die nachgewiesenen Betreuungskosten der Alleinerzieher vom 1. Januar 1983 an im Rahmen der außergewöhnlichen Belastung berücksichtigt werden können. Für den Zeitraum nach dem 31. Dezember 1982 ist damit der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts in vollem Umfang erfüllt. Alleinerziehende Mütter und Väter müssen also ihre Kinderbetreuungskosten nachweisen und entsprechend bei ihren Finanzämtern geltend machen.
2. Für noch nicht rechtskräftige Fälle der Jahre 1979 bis 1982 wurde im Haushaltsbegleitgesetz 1983 der Kinderbetreuungsbetrag der Alleinerzieher allgemein auf 1.200 DM festgesetzt. Dies ist jedoch nur eine vorläufige Maßnahme. Eine endgültige Regelung soll erst noch kommen.
3. Für noch nicht rechtskräftige Veranlagungen vor 1979 kommt in gleicher Weise wie für die Jahre 1982 die Anwendung des Paragraph 33 EStG in Betracht.

Ich muß jedoch darauf hinweisen, daß die Bundesregierung bisher die gesetzliche Neuregelung für die Zeit nach dem 31. Dezember 1982 derzeit nicht für erforderlich hält. Dies hängt wohl mit der Absicht der CDU-Regierung zusammen, die Gesamtproblematik über das Familiensplitting zu lösen. Nach allem, was so zu hören ist, soll das Familiensplitting für alle Steuerpflichtigen allerdings erst zum 1. Januar 1985 eingeführt werden. Damit tritt eine eklatante Mißachtung der Willensbekundung des Bundesverfassungsgerichtes ein, aber was noch schlimmer ist, neue steuerliche Ungerechtigkeiten, die sich weder rechtlich noch politisch rechtfertigen lassen. Einmal wieder werden die sorgenberechtigten Mütter gegenüber den unterhaltsverpflichteten Vätern in geschiedenen Ehen benachteiligt. Das sieht dann so aus:



<u>Freibeträge je Kind</u>	<u>Unterhaltsverpflichteter Elternteil</u>	<u>Unterhaltsberechtigter Elternteil</u>
Kinderfreibetrag	216 DM	432 DM
Sonderfreibetrag (Paragraph 33a Absatz 1a EStG)	600 DM	-
Kinderbetreuungs-Kosten	-	-
Summen	816 DM	432 DM

Dies ist ein unerhörter Vorgang: Einmal wieder ziehen alleinerziehende Mütter den Kürzeren. Nach Untersuchungen des Hamburger Max-Planck-Instituts ist die Gruppe alleinerziehender Mütter ökonomisch auf der untersten Skala der Gesellschaft angesiedelt. Dies wird durch die rigorose Kürzung des Steigerungssatzes bei der Sozialhilfe auf nur ein Prozent im Jahr 1983 noch verschärft. Die zusätzliche steuerliche Benachteiligung unterhaltsberechtigter Mütter kann auch nicht mit dem Hinweis aus der Welt geschafft werden, daß sie ja in zwei Jahren bei einer Neuregelung rückwirkend entlastet werden sollen. Im Gegenteil: alleinerziehende Mütter brauchen das Geld jetzt, nicht aber erst einige Jahre später. Im Grunde handelt es sich hierbei um eine neue Art von Zwangsanleihe, die die schwächste Gruppe in unserer Gesellschaft trifft, die lobbylosen alleinerziehenden Mütter. Schlimm, daß der Bund und die Länder auf diese Art und Weise versuchen, zu höheren Steuereinnahmen zu kommen, nach dem Motto, den letzten beißen die Hunde. Wer will da bestreiten, daß die neue Bundesregierung von unten nach oben umverteilt? (-/17.3.1983/ks/ca)

+ + +



Nachbereitung tut not  
-----

In der Diskussion um die Volkszählung sind Standfestigkeit und Sensibilität geboten

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Je näher die Volkszählung 1983 rückt, desto heftiger wird die kontroverse Diskussion um dieses Vorhaben. Ich halte es für dringend geboten, in dieser Frage für einen Kurs (der politischen Vernunft) zu werben, der sowohl vor undifferenzierter Ablehnung als auch vor möglichem Mißbrauch der Volkszählung warnt.

Die Volkszählung ist die einzige statistische Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland, die eine nahezu vollständige Bestandsaufnahme der Bevölkerung erbringt. Gleichzeitig liefert sie umfassende Informationen zur Struktur und zur regionalen Verteilung der Bevölkerung, Haushalte und Familien, zur Erwerbsbeteiligung, zur beruflichen und sozialen Stellung sowie zur Wohnsituation.

Die aktuellen Daten der Volkszählung sind erforderlich für die Anwendung zahlreicher Rechtsvorschriften auf Bundes-, Landes-, Regierungsbezirks-, Kreis- und Gemeindeebene, zum Beispiel für die Berechnung der Länderstimmen im Bundesrat, für die Festlegung von Bundes- und Landtagswahlkreisen, die Berechnung der Sitze in den kommunalen Vertretungen und für die Verteilung der Mittel im Finanzausgleich.

Weiter liefert die Volkszählung Daten, die zum Beispiel für die Planung von Infrastruktureinrichtungen, für die Schätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung, für vorausschauende Überlegungen zur Finanzierung des sozialen Sicherungssystems und anderer wichtiger gesellschaftlicher Probleme unerlässlich sind. Zu nennen sind weiter die Bereiche Bildungswesen, Renten- und Versicherungswesen und die Arbeitsverwaltung.

Die Daten aus der letzten Volkszählung 1970, auf die die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden ihre Entscheidungen stützen, sind oft veraltet. So ist zum Beispiel davon auszugehen, daß aufgrund von fortschreitenden Fehlern die Bevölkerungszahl um eine Million Einwohner überhöht ist. Allein wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Entscheidungen sind damit durch ein hohes Fehlerrisiko belastet. Das Fehlinvestitionsrisiko liegt hier bei rund 57 Milliarden DM.

Um diese und andere Fehlinvestitionen zu vermeiden, braucht jeder moderne Staat, der seinen Aufgaben und Verpflichtungen einigermaßen gerecht werden will, möglichst genaue und aktuelle Angaben.

Nicht nur im total informierten Staat liegen Gefahren. Auch ein un- beziehungsweise desinformierter Staat birgt erhebliche nicht zu unterschätzende Gefahren in sich, weil es ihm zumeist erheblichen Teil unmöglich gemacht würde, die von der Verfassung und den Gesetzen vorgegebenen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen. Deshalb sollten alle über den Tag hinaus denkenden Politiker den Mut haben, auch jetzt zur grundsätzlichen Notwendigkeit einer Volkszählung zu stehen. Kurzatmiger Opportunismus käme uns allen teuer zu stehen. Hier kann man die Mahnungen des Präsidenten des Deutschen Städte- tages, Manfred Rommel, nur zustimmen.

Aber gerade auch vom Standpunkt einer Partei wie der SPD und vor dem Hintergrund zahlreicher Parteitagebeschlüsse bis hin zu München 1982, die für vorausschauende und vorausplanende Politik eintreten, ist es nur logisch und konsequent, sich unzweideutig zur Notwendigkeit einer Volkszählung zu bekennen.

Bis vor kurzem haben dies der Bund, alle Länder, die kommunalen Spitzenorganisationen und alle im Parlament vertretenen Parteien getan.



Die Protestbewegung gegen die Volkszählung 1983 wird aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist. Man sollte nicht in den Fehler verfallen, alles über einen Kamm zu scheren und gar noch ein prinzipielles Verdammungsurteil zu fällen, wie es Innenminister Zimmermann leider schon getan hat. Ein großer Teil der Gegner oder Skeptiker gehört mit absoluter Sicherheit nicht zu den "Feinden" oder Gegnern unseres Staates, sondern macht sich ernste Sorgen, ob hinsichtlich der erhobenen Daten der Datenschutz und das Statistikgeheimnis wirklich gewahrt bleiben.

Der Bund und die Länder müssen sich in der Tat vorhalten lassen, daß sie es versäumt haben, die Bürger bisher in hinreichender Weise über die Volkszählung aufgeklärt zu haben. Das gilt insbesondere für die Beachtung der Datenschutz- und Geheimhaltungsvorschriften. Für diese intensive Information ist es auch heute noch nicht zu spät. Hier muß und kann eine anschauliche und seriöse Aufklärungsaktion von Bund und Ländern Wissensdefizite beseitigen helfen. Hier verdient der Bundesbeauftragte für den Datenschutz Professor Bull hohes Lob und Anerkennung für seine engagierte und sachlich-argumentative Informationsarbeit in den zurückliegenden Wochen.

Eine weitere vertrauensbildende Maßnahme könnte es sein, wenn zum Beispiel im Rahmen der Innenministerkonferenz unverzüglich alle kritischen Fragen bezüglich der Durchführung der Volkszählung 1983 erörtert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen bundeseinheitlich ergriffen würden.

Es hat sich in einigen Bundesländern, so zum Beispiel in Bayern gezeigt, daß bei der Ausführung des Volkszählungsgesetzes die Schutzvorgaben des Gesetzes zum Teil nicht erfüllt würden beziehungsweise gefährdet wären.

Auch aus dem Bereich der Legislative in Bund und Ländern wird die Durchführung der Volkszählung kritisch zu verfolgen und gegebenenfalls im Nachhinein eine gründliche Auswertung vorzunehmen sein. Denn es hat sich gezeigt, daß es nicht genügt, ein Gesetz sorgfältig vorzubereiten und zu beraten. Vielmehr bedarf es gerade in einer so sensiblen Gesetzesmaterie auch einer angemessenen intensiven Nachbereitung, das heißt Volksaufklärung. Sonst kann es, wie jetzt geschehen, dazu kommen, daß neben berechtigter Kritik auch völlig unbegründete Ängste und Mißtrauen aufgrund von Panikparolen um sich greifen.

Das Volkszählungsgesetz könnte so gesehen zu einem Testfall für Stehvermögen und Sensibilität der Politiker werden. Im übrigen sollte man allen Medien dankbar sein, die der aktuellen Versuchung widerstehen, über die Volkszählung 1983 polemisch zu berichten und stattdessen nüchtern-sachlich und kritisch informieren.

(-/17.3.1983/ks/ca)

+ + +



Den bayerischen Alptraum verhindern!

Die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals wäre ein politisches Fiasko

Von Robert Antretter MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Auch wenn nach der "Wende" durch Kabinettsbeschluß und Märzwahl über den Fertigbau des Rhein-Main-Donau-Kanals definitiv entschieden scheint: Was Unsinn ist, muß auch weiterhin Unsinn genannt werden. Und es ist die Pflicht der sozialdemokratischen Opposition, diese Entscheidung der konservativen Bundesregierung immer wieder zu kritisieren.

Nach wie vor bin ich gegen dieses "so ziemlich dümmste Projekt seit dem Turmbau zu Babel", wie es der SPD-Verkehrsminister Volker Hauff zurecht bezeichnet hat. Denn selbst zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Baustopp eine politisch sinnvolle Tat:

- noch sind fast 80 Prozent des Altmühltals intakt,
- von der gesamten Kanalstrecke Nürnberg-Kehlheim sind 70 Kilometer von diesem Zerstörungswerk unberührt,
- knapp 90 Prozent der Donauauen können noch gerettet werden.

Ich argumentiere also gegen diesen merkwürdigen "Europakanal" zunächst mit ökologischen Gründen. Der Bau zerstört das Zusammenspiel der Natur im Sulztal, im Ottmaringertal und im unteren Altmühltal. Er vernichtet letzte Vogelparadiese und Pflanzenschutzgebiete. Er verwandelt Flüsse in eine Kette toter Seen und verschlechtert die Qualität des Grundwassers.

Ich bin aber auch gegen den Fertigbau aus wirtschaftlichen Gründen. Nicht nur daß er wertvolles Ackerland zunichte macht und durch Betonbrücken für Sommergäste reizende Idyllen verschwinden läßt: Der Rhein-Main-Donau-Kanal ist vor allem verkehrstechnisch und volkswirtschaftlich ein Wahnsinnsprojekt. Es führt nichts daran vorbei: Der Wegkostendeckungsgrad liegt unter sieben Prozent; das bedeutet, der Schiffsbetrieb muß mit 93 Prozent bezuschußt werden. Und: Der Kanal wird der Bundesbahn ruinöse Konkurrenz machen; allein auf der Strecke zwischen Nürnberg und Regensburg wird mit jährlichen Verlusten in Höhe von 188 Millionen Mark zu rechnen sein. Und was das Arbeitsplatz-Argument der Kanalbefürworter betrifft, so weiß man inzwischen zweifelsfrei, daß wesentlich mehr Arbeitsplätze durch energiesparende Investitionen oder bei Altstadtsanierungen geschaffen werden könnten. Ich verstehe also Bürgerinitiativen, wenn sie auf ihre Belastung als Steuerzahler aufmerksam machen. Für die Erstellung eines Baudenkmals zum Ruhme bayerischer Politiker ist ihr Geld in der Tat zuschaden.

Aber auch aus gesamtpolitischen Überlegungen ist jede weitere Mark, die in diesen Alptraum-Kanal investiert wird, ein schlimmer Fehler. Erstens wird dadurch die Chance vertan, an lohnender Stelle ein Zeichen später - aber immerhin vorhandener - ökologischer und ökonomischer Vernunft zu setzen. Zweitens aber gibt der Europakanal als internationale Wasserstraße den Weg frei für die "rote Flotte" der osteuropäischen Staaten, die mit Dumpingpreisen die Main- und Rheinschiffahrt in sowjetische Hände bringen werden. Da hat dann nicht einmal Österreich etwas zu erwarten.

Also: für kommende Generationen wäre es besser, sie stünden vor einer abgebrochenen Kanalruine, als daß sie den bayerischen Alptraum erlitten. Immer noch wär's vernünftig, sofort den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals einzustellen. (-/17.3.1983/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

